

An die
Mitglieder
des Haushalts- und Finanzausschusses

Budgetbericht der Landesregierung zum 31. Dezember 2018
Unterrichtung durch die Landesregierung
- Drucksache 17/9038 -

hier: Protokollauszüge der mitberatenden Ausschüsse

Der Präsident des Landtags hat die Unterrichtung gemäß § 65 GOLT an den Haushalts- und Finanzausschuss – federführend – sowie an die Fachausschüsse entsprechend ihrer Zuständigkeit zur Mitberatung mit der Maßgabe überwiesen, dass abweichend von § 83 Abs. 1 und 4 GOLT die mitberatenden Ausschüsse unmittelbar den Bericht beraten und den Haushalts- und Finanzausschuss über das Ergebnis ihrer Beratungen unterrichten.

Anliegend erhalten Sie eine Zusammenstellung der Protokollauszüge der Fachausschusssitzungen.

- Abteilung Parlament -

Budgetbericht der Landesregierung zum 31. Dezember 2018
Unterrichtung durch die Landesregierung
 - Drucksache 17/9038 -

Mitberatung in den Fachausschüssen:

Ausschuss	Sitzung	Bemerkungen
Ausschuss für Landwirtschaft und Weinbau	27. Sitzung 23. Mai 2019	Aussprache, Kenntnisnahme
Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr	33. Sitzung 5. Juni 2019	Aussprache, Kenntnisnahme
Ausschuss für Europafragen und Eine Welt	28. Sitzung 23. Mai 2019	Kenntnisnahme
Ausschuss für Medien, Digitale Infrastruktur und Netzpolitik	24. Sitzung 29. Mai 2019	Kenntnisnahme
Innenausschuss	42. Sitzung 22. Mai 2019	Kenntnisnahme
Rechtsausschuss	40. Sitzung 6. Juni 2019	Kenntnisnahme
Ausschuss für Gleichstellung und Frauenförderung	26. Sitzung 22. Mai 2019	Kenntnisnahme
Ausschuss für Bildung	27. Sitzung 23. Mai 2019	Kenntnisnahme
Ausschuss für Gesundheit, Pflege und Demografie	30. Sitzung 6. Juni 2019	Kenntnisnahme
Ausschuss für Familie, Jugend, Integration und Verbraucherschutz	29. Sitzung 5. Juni 2019	Aussprache, Kenntnisnahme
Sozialpolitischer Ausschuss	26. Sitzung 6. Juni 2019	Aussprache, Zusage, Kenntnisnahme
Ausschuss für Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur	30. Sitzung 6. Juni 2019	Kenntnisnahme
Ausschuss für Umwelt, Energie, Ernährung und Forsten	29. Sitzung 25. Juni 2019	Aussprache, Kenntnisnahme

Punkt 1 der Tagesordnung:

Budgetbericht der Landesregierung zum 31. Dezember 2018

Bericht (Unterrichtung)

Landesregierung

– Drucksache 17/9038 –

Abg. Dr. Timo Böhme bittet um eine Erklärung dafür, dass nach Punkt 7 des Berichts wesentlich weniger Mittel für Bauinvestitionen ausgegeben worden seien, als das Soll vorsehe.

Daniel Beutel (Sachbearbeiter im Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau) führt aus, bei der Hauptgruppe 7 handle es sich um eine Vielzahl von Projekten, hauptsächlich gehe es aber um Baumaßnahmen im Hochwasserschutz im Rahmen des GAK-Rahmenplans (Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“). Diese würden im Wesentlichen durch das Umweltministerium betreut, aber beim für Landwirtschaft zuständigen Ministerium veranschlagt. In diesem Bereich komme es immer wieder zu zeitlichen Verschiebungen.

Staatsminister Dr. Volker Wissing weist darauf hin, diese Punkte habe er bereits im Plenum angesprochen, weil es sich um Investitionen handle, die teilweise über einen längeren Zeitraum erforderlich seien und bei denen die Finanzierungsvoraussetzungen bzw. -anforderungen für die Art der Investitionen nicht gegeben seien.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

33. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr am 05.06.2019
– Öffentliche Sitzung –

Punkt 3 der Tagesordnung:

Budgetbericht der Landesregierung zum 31. Dezember 2018

Bericht (Unterrichtung)

Landesregierung

– Drucksache 17/9038 –

Abg. Gabriele Wieland merkt an, für den Bereich des Wirtschaftsministeriums weise der Bericht bei den Stellen einen Rückgang um 39 Vollzeitäquivalente aus, was sich mit den Zielen decke. Allein der Landesbetrieb Mobilität Rheinland-Pfalz (LBM) habe dazu einen wesentlichen Beitrag geleistet. Es gelte zu betonen, dass beim Wirtschaftsministerium der stärkste Rückgang unter allen Ministerien zu verzeichnen sei und dieses damit ein deutliches Zeichen gesetzt habe.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Punkt 5 der Tagesordnung:

Budgetbericht der Landesregierung zum 31. Dezember 2018

Bericht (Unterrichtung)

Landesregierung

– Drucksache 17/9038 –

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

23. Sitzung des Ausschusses für Medien, Digitale Infrastruktur und Netzpolitik am 29.05.2019
– Öffentliche Sitzung –

Punkt 1 der Tagesordnung:

Budgetbericht der Landesregierung zum 31. Dezember 2018

Bericht (Unterrichtung)

Landesregierung

– Drucksache 17/9038 –

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

42. Sitzung des Innenausschusses am 22.05.2019
– Öffentliche Sitzung –

Punkt 3 der Tagesordnung:

Budgetbericht der Landesregierung zum 31. Dezember 2018

Bericht (Unterrichtung)

Landesregierung

– Drucksache 17/9038 –

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

40. Sitzung des Rechtsausschusses am 06.06.2019
– Öffentliche Sitzung –

Punkt 6 der Tagesordnung:

Budgetbericht der Landesregierung zum 31. Dezember 2018

Bericht (Unterrichtung)

Landesregierung

– Drucksache 17/9038 –

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

**26. Sitzung des Ausschusses für Gleichstellung und Frauenförderung am 22.05.2019
– Öffentliche Sitzung –**

Vors. Abg. Ingeborg Sahler-Fesel eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden.

Punkt 1 der Tagesordnung:

Budgetbericht der Landesregierung zum 31. Dezember 2018

Bericht (Unterrichtung)

Landesregierung

– Drucksache 17/9038 –

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

27. Sitzung des Ausschusses für Bildung am 23.05.2019
– Öffentliche Sitzung –
– Teil 1 –

Punkt 4 der Tagesordnung:

Budgetbericht der Landesregierung zum 31. Dezember 2018

Bericht (Unterrichtung)

Landesregierung

– Drucksache 17/9038 –

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

**30. Sitzung des Ausschusses für Gesundheit, Pflege und Demografie am 06.06.2019
– Öffentliche Sitzung –**

Punkt 1 der Tagesordnung:

Budgetbericht der Landesregierung zum 31. Dezember 2018

Bericht (Unterrichtung)

Landesregierung

– Drucksache 17/9038 –

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Punkt 1 der Tagesordnung:

Budgetbericht der Landesregierung zum 31. Dezember 2018

Bericht (Unterrichtung)

Landesregierung

– Drucksache 17/9038 –

Abg. Michael Frisch möchte wissen, wie die negative Bauinvestition in Höhe von minus 1,85 Millionen Euro zu erklären sei, die in dem Bericht ausgewiesen sei.

Staatssekretärin Dr. Christiane Rohleder erwidert, es handele sich um Rückzahlungen der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA) von Investitionskosten für die Liegenschaften, die seitens des Landes zur Unterbringung von Flüchtlingen genutzt würden.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Punkt 1 der Tagesordnung:

Budgetbericht der Landesregierung zum 31. Dezember 2018

Bericht (Unterrichtung)

Landesregierung

– Drucksache 17/9038 –

Abg. Hedi Thelen teilt mit, das Finanzministerium habe den Budgetbericht etwas verändert. Die Anlagen mit Zahlen, Daten und Fakten seien nicht mehr enthalten. Deshalb müsse man sich mit dem auseinandersetzen, was an Text vorliege.

Es fehle eine Information zu dem Bedarfsgemeinschaftscoaching. Es sei nicht klar, warum dieses Thema in dem Bericht nicht angesprochen werde. Es lägen Informationen vor, wonach einige Projekte sich stabil entwickelten, was sie „vertrauensvoll“ zur Kenntnis nehme. Es werde aber darauf hingewiesen, dass in den Bereichen Zukunftsfähige Unternehmen und Beschäftigte sowie Verbesserung der Ausbildungschancen für Jugendliche jeweils ein Projekt vorzeitig beendet worden sei. Es stelle sich die Frage nach den Gründen.

Bei dem Thema Schuldnerberatung bleibe mehr oder weniger alles wie gehabt. Gleichwohl sei zu fragen, wie sich die Wartezeiten für die Schuldner entwickelt hätten, das heiÙe, ob man mit Blick auf das Angebot hinreichend aufgestellt sei.

Staatsministerin Sabine Bätzing-Lichtenthäler antwortet, die arbeitsmarktpolitischen Projekte hätten weitestgehend wie geplant umgesetzt werden können. Nur in den von Abgeordneter Hedi Thelen genannten Maßnahmenbereichen Zukunftsfähige Unternehmen und Beschäftigte sowie Verbesserung der Ausbildungschancen habe jeweils ein Projekt vorzeitig beendet werden müssen, weil Teilnehmermangel zu verzeichnen gewesen sei. Es habe nicht genügend Teilnehmer gegeben, bzw. nicht genügend Personal zur Verfügung gestanden. Dies habe zur Folge gehabt, dass es in diesen beiden Maßnahmenbereichen zu einer geringfügigen Reduzierung der erreichbaren Personen gekommen sei.

Abg. Hedi Thelen fragt nach, um welche Maßnahmen es sich gehandelt habe.

Staatsministerin Sabine Bätzing-Lichtenthäler informiert, es handele sich hauptsächlich um Projekte aus den Förderansätzen Zukunftsfähige Arbeit und Beratungsstelle Neue Chancen. Es seien aber auch weitere Landesprojekte wie die Nachqualifizierung in der Pfalz, die Technologieberatung für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die Beratungsstelle Gütegemeinschaft Lebensgerechte Handwerksleistungen 2018 zu nennen.

Das Bedarfsgemeinschaftscoaching sei unter dem Projekt Langzeitleistungsbeziehende berücksichtigt.

Die Anzahl der Schuldnerberatungsstellen habe sich nicht verändert.

Staatsministerin Sabine Bätzing-Lichtenthäler sagt auf Bitte von **Abg. Hedi Thelen** zu, dem Ausschuss Informationen zu den beiden vorzeitig beendeten Projekten aus dem Maßnahmenbereich Zukunftsfähige Unternehmen sowie Angaben zur Entwicklung der Wartezeiten bei der Schuldnerberatung zur Verfügung zu stellen.

Der Antrag ist erledigt.



Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie
Postfach 31 80 | 55021 Mainz

Vorsitzender des
Sozialpolitischen Ausschusses
Herrn Dr. Timo Böhme, MdL
Landtag Rheinland-Pfalz
55116 Mainz



DIE MINISTERIN

Bauhofstraße 9
55116 Mainz
Telefon 06131 16-0
Telefax 06131 16-2452
Mail: poststelle@msagd.rlp.de
www.msagd.rlp.de

25. Juni 2019

Mein Aktenzeichen
PuK-01 421-2-62/19

Ihr Schreiben vom

Ansprechpartner/-In / E-Mail
Dagmar Rhein-Schwabenbauer
Dagmar.Rhein@msagd.rlp.de

Telefon / Fax
06131 16-2415
06131 1617-2415

26. Sitzung des Sozialpolitischen Ausschusses am 6. Juni 2019

hier: TOP 1

**Budgetbericht der Landesregierung zum 31. Dezember 2019
Unterrichtung durch die Landesregierung, Drucksache 17/9038**

Sehr geehrter Herr Vorsitzender Dr. Böhme,

anlässlich der Erörterung des oben genannten Tagesordnungspunktes in der 26. Sitzung des Sozialpolitischen Ausschusses am 6. Juni 2019 habe ich zugesagt, den Mitgliedern des Ausschusses Informationen zu den beiden vorzeitig beendeten Projekten aus dem Maßnahmebereich Zukunftsfähige Unternehmen sowie Angaben zur Entwicklung der Wartezeit bei der Schuldnerberatung zur Verfügung zu stellen.

Ich berichte daher wie folgt:

1. Maßnahmebereich Zukunftsfähige Unternehmen

Im Budgetbericht der Landesregierung zum 31. Dezember 2018 wurde für den Bereich der arbeitsmarktpolitischen Förderung im Kapitel 0602 angegeben, dass sowohl im Maßnahmebereich Zukunftsfähige Unternehmen und Beschäftigte, als auch im Maßnahmebereich Verbesserung der Ausbildungschancen jeweils ein Projekt vorzeitig beendet wurde.

- 1 -



Im Maßnahmebereich Zukunftsfähige Unternehmen wurde das Projekt „Demografie-feste Betriebe Rhein-Hunsrück“ zum 30. September 2018 vorzeitig beendet, da seitens des Projektträgers Regionalrat Wirtschaft Rhein-Hunsrück e.V. kein Projektpersonal mehr zur Verfügung gestellt werden konnte. Mit themenbezogenen Fachveranstaltungen sollten Klein- und Mittelständische Unternehmen (KMU) dabei unterstützt werden, ihr Situations- und Umsetzungswissen hinsichtlich der Herausforderungen des demografischen Wandels zu steigern. Die Klein- und Mittelständischen Unternehmen sollten damit zukunftsfähig gemacht und bei den erforderlichen Veränderungen unterstützt werden.

Das von der IB Südwest gGmbH durchgeführte Projekt „Jugend mit Zukunft - Aktivierung junger Menschen im Landkreis Mainz-Bingen“ aus dem Maßnahmebereich Verbesserung der Ausbildungschancen wurde wegen Teilnehmersmangel zum 31. Mai 2018 vorzeitig beendet. Mit dem Projekt sollte die Ausbildungsreife und -fähigkeit von Jugendlichen (U25), die bereits am Übergang von Schule in eine Berufsausbildung gescheitert sind und arbeitslos beziehungsweise nicht erwerbstätig sind, gefördert werden. Ziel war es die jungen Menschen durch die Vermittlung von berufsspezifischen Kenntnissen und intensiver sozialpädagogischer Begleitung zur Fortsetzung der Schul-ausbildung oder zur Aufnahme einer Berufsausbildung zu befähigen.

2. Entwicklung der Wartezeiten auf Schuldnerberatung im Jahr 2018

Die aktuellen Daten für das Jahr 2018 wurden dem Ministerium am 28. Mai 2019 vom Statischen Bundesamt übersandt. Im Jahr 2018 betrug die durchschnittliche Wartezeit 3,2 Monate. In den Jahren 2016 und 2017 betrug die Wartezeit 2,8 Monate beziehungsweise 3,1 Monate.

Wie bereits mit Schreiben vom 22. März 2019 (Vorlage 17/4574) berichtet, sind in Krisensituationen in der Regel kurzfristig (binnen einer Woche) zumindest Kurzberatungen möglich. So werden zum Beispiel offene Sprechstunden angeboten, wenn bedingt durch die Überschuldungssituation ein Wohnungsverlust, eine Stromsperre oder eine Kontopfändung drohen.



Das Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie führt aktuell mit der LIGA der Freien Wohlfahrtspflege in Rheinland-Pfalz e.V. und der Landesarbeitsgemeinschaft Schuldnerberatung Rheinland-Pfalz e.V. Gespräche, um das Beratungssystem bedarfsgerecht auszubauen.

Mit freundlichen Grüßen

Sabine Bätzing-Lichtenthäler

**30. Sitzung des Ausschusses für Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur am 06.06.2019
– Öffentliche Sitzung –**

Punkt 2 der Tagesordnung:

Budgetbericht der Landesregierung zum 31. Dezember 2018

Bericht (Unterrichtung)

Landesregierung

– Drucksache 17/9038 –

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

29. Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Energie, Ernährung und Forsten am 25.06.2019
– Öffentliche Sitzung –

Punkt 1 der Tagesordnung:

Budgetbericht der Landesregierung zum 31. Dezember 2018

Bericht (Unterrichtung)

Landesregierung

– Drucksache 17/9038 –

Abg. Michael Wäschenbach führt aus, er habe sich den Budgetbericht hinsichtlich der Holzvermarktung und des Holzverkaufs angeschaut. In diesem Bereich seien von 2017 auf 2018 Rückgänge zu verzeichnen gewesen. Er fragt, ob bereits Prognosen vorlägen, in welchem Umfang die Ertrags Erlöse im Jahr 2019 noch weiter zurückgehen würden.

Staatssekretär Dr. Thomas Griese antwortet, dazu gebe es noch keine konkreten Prognosen. Gleichwohl müsse davon ausgegangen werden, dass die deutlich schlechteren Holzpreise – als Folge der Schäden im Wald und des sich daraus ergebenden Überangebots an Holz – auch im Jahr 2019 im Holzverkauf zu deutlich schlechteren Gesamtzahlen als im Jahr 2017 führen würden.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.